Bayerische Staatskanzlei



Pressemitteilung

«Empfängerhinweis»

Nr: 347

München, 21. November 2023

Bericht aus der Kabinettssitzung:

Weichen für Stundentakt für Regionalexpress RE 1 zwischen Nürnberg und Ingolstadt werden gestellt

Bayern macht das Nahverkehrsangebot für Fahrgäste auf der Schiene noch attraktiver. Gemäß Koalitionsvertrag sollen die wenigen noch bestehenden Lücken im Stundentakt geschlossen werden. Bei der besonders wichtigen Verbindung der bayerischen Regionalexpresslinie RE 1 zwischen München und Nürnberg hat der Freistaat nun auch für den nördlichen Abschnitt die Weichen für einen durchgängigen Stundentakt gestellt. Er wird mit der Anfang 2024 startenden Ausschreibung für das neu konzipierte Netz "Isar – Noris – Altmühl", das bedeutende Nahverkehrslinien zwischen Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben umfasst, diese Verbesserung zwischen Ingolstadt und Nürnberg möglich machen.

Ab Ende 2028 wird dann der zweitschnellste Nahverkehr im deutschen Netz mit Spitzengeschwindigkeit von 190 km/h im Stundentakt Nürnberg und Ingolstadt auf der Schnellfahrstrecke verbinden. Gemäß aktuellem Vertrag mit dem Freistaat fährt DB Regio unter der Woche nur in der Hauptverkehrszeit und an den Wochenenden im Stundentakt in jede Richtung, ansonsten alle zwei Stunden.

Die direkte Nahverkehrsverbindung zwischen Ingolstadt und Nürnberg gehört auch aufgrund ihrer Schnelligkeit zu den am meisten nachgefragten Linien in Bayern. Auch aufgrund des Deutschlandtickets ist davon auszugehen, dass die Zahl von im Schnitt täglich 3.500 Fahrgästen vor der Pandemie in diesem Jahr deutlich überschritten wird. Mit dem durchgängigen Stundentakt wird es dann einen weiteren Nachfrageschub geben.

Die Staatsregierung fordert, dass der Bund die dafür vorgesehenen Regionalisierungsmittel für die Länder spürbar und dauerhaft aufstockt, damit der Freistaat die beabsichtigten weiteren Angebotsverbesserungen im Schienenpersonennahverkehr realisieren und auch beim Angebot auf das vom Bund initiierte Deutschlandticket reagieren kann. Die Bundesregierung hat diese Entscheidung allerdings bislang immer wieder hinausgeschoben.

gez.
Dr. Anton Preis
Pressesprecher der Staatskanzlei und
stellvertretender Pressesprecher der Staatsregierung++++